

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 08.03.2018	Beginn 17:01 Uhr	Ende 20:09 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Philipp, Gerd
Schier, Klaus Peter
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Feldmann, Jürgen
Burbulla, Johanna
Stutzenberger, Olaf
Bockelmann, Christian Dr.

Vertretung für Frau Dr. Philipp

bis 19:45 Uhr - TOP A 17
Vertretung für Herrn Beckmann

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Menke, Olaf
Mollenkott, Marion
Rath, Christiane
Riemann, Anja
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Striebeck, Thomas
Tilly, Horst

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Sylvia Dr.
Beckmann, Philipp J.

Vertretung durch Herrn Wapenhans
Vertretung durch Herrn Schwunk

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Niederschrift zur Sitzung vom 18.01.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Technische Prüfung Rechnungsprüfungsamt
- 8 Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds für den Schulausschuss 020/2018
- 9 Bestellung von Vertretern der Stadt für den Aufsichtsrat der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG 031/2018
- 10 Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" - 5. Änderung 009/2018/1
 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB
 2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB
 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
- 11 "Gewerbegebiet Milsper Straße"
- 11.1 Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper Straße" 015/2018
 1. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
 2. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

11.2	"Gewerbegebiet Milsper Straße" - Antrag der FDP-Fraktion vom 22.02.2018	015/2018/1
12	28. FNP-Änderung (Bereich Milsper Str./Dr.-Moeller-Str.)	016/2018
	<ul style="list-style-type: none"> 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB 	
13	Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes hier:	017/2018
	<ul style="list-style-type: none"> 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit 2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange 3. Beschluss des Einzelhandelskonzeptes 	
14	Freigabe von Verkaufssonntagen 2018	022/2018
15	Abschluss einer öffentlich -rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Witten zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems	029/2018
16	Offene Ganztagschule (OGS)	
16.1	Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS	004/2018/1
16.2	Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS	004/2018/2
16.3	Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) - Personalaufwand und Stellenplan	032/2018
17	Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm	030/2018
18	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung gibt sie folgende Hinweise, bzw. unterbreitet nachstehende Vorschläge:

- Zu den nachfolgenden Themen der Tagesordnung sind als Vorlagen hinzugekommen:
 - Vorlage 004/2018/2 zum Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS und
 - Vorlage 015/2018/1 zum Antrag der FDP zum Gewerbegebiet Milsper StraßeVorschlag: Eingliederung als Unterpunkte in die entsprechenden Themenkomplexe.
- Hinzukommen der nichtöffentlichen Berichtsvorlage 030/2018/1!
Vorschlag: Eingliederung als TOP B 3 in die Tagesordnung
- Absetzung des TOP A 7 –Technische Prüfung Rechnungsprüfungsamt–, da die Angelegenheit bis heute noch nicht abschließend beschlussreif vorbereitet werden konnte. Es fehlen noch Abstimmungsgespräche mit der Kreisverwaltung.

Nachdem zu den vorgetragenen Vorschlägen keine Einwände vorgetragen werden, bittet die Bürgermeisterin um Abstimmung hierüber.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Niederschrift zur Sitzung vom 18.01.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann weist darauf hin, dass von den Mitgliedern des Hauptausschusses nach rechtzeitiger Zuleitung der Niederschrift keine Einwände gegen diese vorgetragen worden seien.

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen

Frau Grollmann berichtet von einem Pressebericht zur Autobahnbrücke an der A 1 und dem unter Federführung der SIHK Hagen zu der Angelegenheit stattgefundenen Gesprächs am 02.03.2018. Ein Baubeginn in 2018 sei nicht in Sicht. Es werde ab jetzt ein regelmäßiger Austausch erfolgen.

Als nächstes informiert Frau Grollmann über ein Treffen mit Frau Ministerin Scharrenbach am 21.02.2018 in Münster, zu dem alle Stärkungspakt-I-Kommunen eingeladen worden seien. Die Ministerin sei vom Städte- und Gemeindebund sowie weiteren Spitzenverbänden zu der Problematik bei den offenen Ganztagschulen in die Mangel genommen worden. Der Bund wolle in dem Bereich gesetzlich einen Rechtsanspruch verankern, der von den Kommunen zu finanzieren sei. Auf der Ebene der Landesregierung solle hierzu keine Zustimmung erfolgen. Herr Dr. Schneider vom StGB habe erklärt, nochmals massiv auf den Ministerpräsidenten einwirken zu wollen, dass die laufenden Kosten wie Personalkosten nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Frau Mollenkott ergänzt, dass eine Umfrage bei den Stärkungspaktkommunen gezeigt habe, dass der Stärkungspakt grundsätzlich positiv bewertet werde, der Konsolidierungserfolg aber auch auf der guten Wirtschaftslage und günstigen Zinsentwicklung beruhe. Frau Scharrenberg habe darauf hingewiesen, dass ein gerechtes Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) wichtig sei und es hierzu vor der Sommerpause wieder Eckwerte geben werde. Das GFG trage kein Enddatum und solle weiterentwickelt werden. Als weiteres Thema habe sie das „neue NKF“ angesprochen, zu dem sie bereits einige Überlegungen angestellt habe, die durchaus kritisch gesehen werden. Hierzu solle es vor der Sommerpause einen Gesetzesentwurf geben.

Frau Grollmann berichtet von dem Treffen der Hauptverwaltungsbeamten vom 06.02.2018, bei dem für einen Zugang zu regionalen Wirtschaftsförderungsprogrammen ein gemeinsames Schreiben verfasst und am 21.02.2018 versandt worden sei.

Herr Guthier bestätigt zu der ihm signalisierten Frage nach der Höhe des Minarett der Moschee, dass dieses die im Bauantrag dargestellte Höhe habe.

Frau Grollmann teilt bezüglich des Job-Centers und des heutigen Presseberichtes mit, dass der Koordinierungskreis Ausländischer Mitbürger Schwelm am 08.03.2018 zum Ausdruck gebracht habe, dass das Job-Center ganz schlecht telefonisch wie persönlich erreichbar sei.

Sie habe mit dem Leiter des Jobcenters im Ennepe-Ruhr-Kreis, Herrn Dürwald, für den 20.03.2018 einen Termin vereinbart, um ihm Gelegenheit zu geben, seine Situation persönlich darzustellen.

Herr Guthier spricht das Bauvorhaben des Kreises auf dem Gebiet Bahnhof Loh, insbesondere die letzten Aussagen der Presse vom 28.02.2018 zu diesem Vorhaben an. Es sei richtig, dass der Kreis einen Bauantrag vorgelegt habe, der jedoch zum Zeitpunkt des Erscheinens der Pressemitteilung aufgrund fehlender wesentlicher Unterlagen noch nicht entscheidungsfähig gewesen sei.

Auch habe die Verwaltung keine pingeligen Fragen gestellt, sondern Fragen der Fachbehörde des Kreises zum Lärmschutz weitergegeben. Im Übrigen arbeite die Verwaltung gemeinsam mit dem Kreis zielführend zusammen und sei zuversichtlich, dass die Vorgaben so umgesetzt worden seien.

Herr Schwunk ergänzt, dass sich die Irritationen nicht nur durch die Pressemitteilung ergeben haben, sondern auch durch öffentliche Informationen des Kreises. Es liege also nicht an der Baugenehmigungsbehörde, sondern an der Tätigkeit des Kreises. Er werde das dort aufgreifen, da es nicht sein könne, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung nach außen so negativ dargestellt werden.

Zum Thema Bahnhofsgebäude teilt Herr Guthier mit, dass nach dem Ortstermin am 21.02.2018 ein aktueller Bericht mit dem Sachstand an alle versandt worden sei und nun jeder seine Aufgaben abarbeite. Die Verwaltung gehe davon aus, in den nächsten Tagen den Bauzeitenplan zu erhalten, der dann an die Politik weitergegeben werde.

Die Bürgermeisterin berichtet von dem Besuch zweier reiselustiger Damen, die ihr mitgeteilt haben, dass durch die VER ab 01.03.2018 kein Fahrkartenverkauf mehr für Fernreisen am Bahnhof vor Ort erfolge. Sie haben gestern ein Schreiben an den Vorstand der VER gerichtet.

Zu dem Unternehmen Avery Dennison teilt Frau Grollmann mit, dass sich der Verwaltungsvorstand sehr engagiert habe, die drohende Arbeitslosigkeit der Belegschaft abzuwenden. Aber es gebe offensichtlich einen so guten Sozialplan, dass die Personen, die die Verwaltung um Hilfe gebeten hatten, im Moment schweigen. Sie selbst habe auch mehrfach vergeblich versucht, Herrn Finn – Werksleiter – zu kontaktieren. Eine Unterstützung mit dem angedachten Netzwerk sei so unmöglich.

6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

Frau Grollmann informiert, dass die Fragen aus dem Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung zum Bahnhofsgebäude direkt an die BahnflächenEntwicklungsGesellschaft NRW mbH (BEG) und den Investor weitergeleitet worden seien.

7 Technische Prüfung Rechnungsprüfungsamt

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt!

8 Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds für den Schulausschuss 020/2018

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführte Ausschussumbesetzung des Schulausschusses wird beschlossen:

	bisher	neu	Funktion
Schulausschuss	Regine Huckenbeck	Erich Wilberg	stellvertretendes beratendes Mitglied der Ev. Kirche

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeisterin

9 Bestellung von Vertretern der Stadt für den Aufsichtsrat der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG 031/2018

Beschluss:

Die persönliche Stellvertretung der Bürgermeisterin im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG durch Herrn Wilfried Guthier wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

10 Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" - 5. Änderung 009/2018/1

- 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB**
- 2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**
- 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB keine Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB keine abwägungsrelevanten Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind (Anlage 1, Abwägungstabelle gem. § 4 Abs. 2 BauGB)
3. Gem. § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV.NRW S. 1162) wird die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 „Neues Wohngebiet Brunnen“ der Stadt Schwelm (Anlage 2) einschließlich der dazugehörigen Begründung (Anlage 3) und des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (§§ 44 und 45 des Bundesnaturschutzgesetzes) (Anlage 4) als Satzung beschlossen.
Aufgrund des angewandten beschleunigten Verfahrens gem. § 13 a BauGB wurde von der Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB abgesehen; § 4c BauGB fand keine Anwendung.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 6, Flurstücke 154 tlw., 172-175, 177, 178, 185, 197-200, 202, 203 tlw., 204 tlw., 205, 206 tlw.. Den genauen Geltungsbereich setzt die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 „Neues Wohngebiet Brunnen“ fest (§ 9 Abs. 7 BauGB, Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 "Gewerbegebiet Milsper Straße"

11.1 Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper Straße" 015/2018

1. **Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**
2. **Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Herr Feldmann erkundigt sich nach dem von ihm im AUS beantragten Zusatz. Herrn Guthier ist bewusst, dass er die Zusicherung der Verwaltung haben wolle, dass diese auf keinen Fall beabsichtige, den Sportplatz zu überplanen und dass dies im Protokoll zur Sitzung festgehalten worden sei.

Beschluss:

1. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Darlegungskonzept zum Bebauungsplan Nr. 105 „Gewerbegebiet Milsper Str.“ wird angenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Darlegungskonzept die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) durchzuführen.

Das Darlegungskonzept ist für die Dauer von 2 Wochen im Verwaltungsgebäude II, Moltkestraße 24, Fachbereich 6 Planen und Bauen, 1. Etage, öffentlich auszulegen.

Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Darlegungskonzeptes zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit die frühzeitige Beteiligung der Behörden u. der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Frau Sartor war während der Abstimmung nicht anwesend.

11.2 "Gewerbegebiet Milsper Straße" - Antrag der FDP- 015/2018/1 Fraktion vom 22.02.2018

Herr Schwunk erklärt, dass die FDP-Fraktion betont habe, auch für die weitere Realisierung des kleinen Teils des Gewerbegebietes zu sein. Sie sehe die städtebauliche Gesamtsituation der Fläche. Dies müsse nicht bedeuten, den Sportplatz einzubinden. Es gebe auch noch den zugewachsenen ungenutzten Parkplatz am Helios-Krankenhaus. Zusammen mit der Fläche an der Straße ergebe sich für seine Fraktion eine große Fläche für die flächenkleine Stadt Schwelm, die sie gerne mit der Wirtschaftsförderung entwickeln würde.

Herr Feldmann erläutert, warum er dem Antrag nicht zustimmen werde. Der Sportplatz sollte für nicht vereinsgebundenen Sport vorgehalten werden. Der Bereich sei für Gewerbetreibende aufgrund der wahrscheinlich bestehenden Kontaminierung ohnehin kaum kostengünstig zu entwickeln.

Herr Flüshöh hält die Vorlage der Verwaltung für den Schritt in die richtige Richtung. Wenn man sehe, wie einige Firmen in Schwelm wachsen, habe er keine Vorstellung davon, wie das in den nächsten 10 bis 20 Jahren bedient werden könne. Daher müsse bereits jetzt damit begonnen werden, Flächen mit geringsten Zielkonflikten zu entwickeln. Zu der Sportplatzfläche werde tiefer in die Diskussion eingestiegen werden müssen. Die CDU-Fraktion könne sich viele Möglichkeiten für diesen Bereich vorstellen und stelle sich die Frage, ob die Herangehensweise der Vorschläge der FDP-Fraktion die Richtige sei. Er hätte eher überlegt, einen Aufstellungsbeschluss über beide Flächen als Gewerbefläche zu fassen, da dann die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolge und erkundigt sich bei der Verwaltung, ob dass eher der sinnvollere Weg sein könne, zu Ergebnissen zu kommen.

Für Herrn Guthier stellt sich vielmehr die Frage, welche Priorität von Seiten der Politik gewollt sei und in welches Projekt damit die Personalressourcen fließen sollen. Es gebe das Programm der kleinräumigen Gewerbeflächen, den über kurz oder lang zu überarbeitenden Bebauungsplan am Krankenhauses, das Einzelhandelskonzept etc.. Es werde durchaus das wichtige Umsetzungsinteresse zu der Gewerbefläche Milsper Straße erkannt, aber bisher gebe es noch keine Interessenten hierfür.

Herr Gießwein schließt sich in weiten Teilen den Vorrednern an und erläutert, warum er den Antrag ablehnen werde. Über die Gewerbeflächenentwicklung sollte im Gesamten – auch überörtlich – und zusammen mit der Wirtschaftsförderung diskutiert werden und nicht „Klein im Klein“. Im Übrigen gehöre eine solche Diskussion dann in den Fachausschuss und habe hier nichts zu suchen.

Herr Schier erläutert, warum die SPD-Fraktion den Vorschlag der FDP-Fraktion ablehnen werde. Sie sei zu der Überzeugung gelangt, dass die Argumente aus Vorlage 015/2018 schlüssiger seien, als die Forderung der FDP-Fraktion. Hinzu komme, dass sie ebenfalls wie die Fraktion B'90/Die Grünen der Auffassung seien, dass andere Gebiete zur Verfügung stehen, die genutzt werden könnten. Er erinnere an den Brunnenparkplatz, auf dem bis heute nichts geschehen sei. Die SPD-Fraktion verkenne nicht, dass die Schaffung von Gewerbegebieten notwendig werde, sei aber nicht bereit, reflexartig zu reagieren, sondern lediglich nach Abwägung. Sie würden der Vorlage 015/2018 zustimmen.

Herr Flühöh weist darauf hin, dass bei einer derartigen Planung vorausschauend überlegt werden müsse, da Planprozesse und Umweltüberlegungen dahinter stehen, die diskutiert und anschließend umgesetzt werden müssen. Daher halte er Abwägung für richtig. Auch sollten mal auf Vorrat nutzbare Gewerbeflächen geschaffen werden, sonst könne man auf Dauer nicht mit den Nachbarstädten konkurrieren. Daher empfehle er, für den nächsten Sitzungszyklus eine Aufstellung über vorhandene Flächen zu fertigen und in die Diskussion einzutreten.

Herr Guthier weist auf die bestehende Zielsetzung hin, über Flächen die schnell zu vermarkten seien, aus den verschiedensten Gründen auch schnell ggf. über ein vereinfachtes Verfahren zu entscheiden. Derartige Flächen gebe es mehrfach. Sie sollten der Politik einmal im Fachausschuss mit verwaltungsseitig gesehener Priorisierung vorgestellt werden. Hierzu könne für den nächsten AUS die gewünschte Darstellung entwicklungsfähiger Flächen im Stadtgebiet („kleinräumige Gewerbe-Flächenentwicklung“) erstellt werden. In dem Zusammenhang werde dann ebenfalls über private Grundstücksflächen und damit auch wirtschaftliche Belange und Interessen (somit nicht öffentlich) zu reden sein.

Herr Feldmann verweist im Zusammenhang zu der Diskussion über Entwicklung von Gewerbeflächen auf den Umweltaspekt und die Zerstörung von Naturflächen, die enorm wichtig für viele vom Aussterben bedrohte Insekten seien.

Herr Schwunk stimmt Herrn Flühöh zu, dass vorausschauende Gewerbeplanung im gesamten Kreisgebiet nicht erfolgt sei. Die Industrie benötige großräumige Flächen, sonst werde sie abwandern. Er schlägt vor, den Antrag seiner Fraktion in den nächsten AUS zu vertagen und die Verwaltung fertige bis dahin eine Vorlage mit den in Schwelm vorhandenen Flächen, die entwickelt werden können und deren Priorisierung.

Herr Schier erklärt, mit der Vertagung einverstanden sein zu können, weist aber darauf hin, dass die SPD-Fraktion trotzdem weiter das Augenmerk auf interkommunale Gewerbegebiete lege, da es wichtig sei, Arbeitsplätze zu schaffen und diese mit größeren Chancen bei größeren Gewerbegebieten gesehen werden.

Herr Dr. Bockelmann sieht das Ansinnen der Verwaltung, schnell zum Erfolg zu kommen, positiv und ist der Auffassung, dass die übrigen Flächen die Politik aufgrund verschiedenster Fragestellungen länger beschäftigen werde.

Abschließend ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über den Vertagungsantrag in den AUS auf.

Abstimmung über den Vertagungsantrag in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung und den Liegenschaftsausschuss:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Frau Burbulla war während der Abstimmung nicht anwesend.

**12 28. FNP-Änderung (Bereich Milsper Str./
Dr.-Moeller-Str.) 016/2018**

- 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1)
Baugesetzbuch (BauGB)**
- 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der
Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**
- 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der
Behörden und sonstiger Träger öffentlicher
Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), wird die Aufstellung der 28. FNP-Änderung (Bereich Milsper Straße/Dr.-Moeller-Straße) beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

13 Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 017/2018
hier:

- 1. Abwägung und Beschlussfassung über die
Anregungen aus der Beteiligung der
Öffentlichkeit**
- 2. Abwägung und Beschlussfassung über die
Anregungen aus der Beteiligung der Behörden
und sonstigen Träger öffentlicher Belange**
- 3. Beschluss des Einzelhandelskonzeptes**

Herr Dr. Bockelmann merkt an, dass er dem Einzelhandelskonzept zustimmen werde, aber betone, dass die Zustimmung Auswirkungen auf die Abstimmung über die Weiterentwicklung des Zassenhausgeländes haben werde (Hinweis auf Vorlage 110/2016).

Beschluss:

(Der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung sowie der Hauptausschuss empfehlen dem Rat, wie folgt zu beschließen:)

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten „Auswertung der Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung“ (Anlage 2) vorgeschlagen, abgewogen.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten „Auswertung der Anregungen im Rahmen der Behördenbeteiligung“ (Anlage 3) vorgeschlagen, abgewogen.
3. Die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Schwelm wird in der Fassung vom Januar 2018 als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

14 Freigabe von Verkaufssonntagen 2018

022/2018

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	13
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	1

15 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Witten zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems 029/2018

Beschluss:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung mit der Stadt Witten eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen, die Unterstützungsleistungen bei der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) und der elektronischen Akte (eAkte) regelt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Kick und Herr Rüttershoff waren während der Abstimmung nicht anwesend.

16 Offene Ganztagschule (OGS)

16.1 Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS 004/2018/1

Siehe Protokollierung zu TOP A 16.2!

16.2 Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS 004/2018/2

Herr Menke führt aus, dass es zum Thema Offene Ganztagschulen (OGS) im Moment erhebliche Diskussionen auf allen Ebenen gebe. Basierend auf dem Antrag der SPD-Fraktion habe es eine Beratung in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses (JHA-SchA) mit dem Ergebnis gegeben, dass der Bedarf an allen Grundschulen gestiegen sei. Die Empfehlung laute, an den Grundschulen St. Marien, Engelbertstraße und Nordstadt jeweils eine zusätzliche Gruppe für das Schuljahr 2018/2019 mit sogenannten Provisorien einzurichten und an der Grundschule Ländchenweg die Teilnehmerzahl innerhalb der bestehenden Gruppen zu erhöhen und mit befristeten Personalaufstockungen zu ermöglichen. Die Schulleitungen haben bei Schulbegehungen versucht, Räumlichkeiten für die Ausweitungen ausfindig zu machen, die keine Idealversionen zulassen, da es einen Beschluss gebe, wie die Gruppen auszustatten seien. Herr Menke erläutert im Anschluss welche zusätzlichen Bedarfe sichtbar geworden seien.

Frau Grollmann weist darauf hin, dass lediglich über Vorlage 004/2018/2 Beschluss zu fassen sei, da diese den letzten Beratungsstand beinhalte.

Herr Philipp erkundigt sich, ob eine Einbeziehung des Fachbereiches Immobilienmanagement bei der Suche der Übergangslösungen stattgefunden habe. Frau Grollmann informiert, dass in der Verwaltung insgesamt über das Thema gesprochen worden sei.

Herr Striebeck bestätigt, aktuell am Umbau der Hausmeisterwohnung beteiligt worden zu sein und bei anderen Bereichen zwar nicht er persönlich, aber der Fachbereich Schule, Kultur, Sport teilgenommen habe und innerhalb der Verwaltung kommuniziert worden sei.

Herr Philipp erläutert ergänzend, dass es ihm darum gehe, die in der Verwaltung vorhandene Kompetenzen einzubinden.

Nachfragen des Herrn Stutzenberger zu den Provisorien werden von Herrn Menke beantwortet.

Herr Schwunk erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimme, lege aber Wert darauf, festzuhalten, dass das Provisorium für ein Schuljahr gelte.

Beschluss:

1. Die OGS-Einrichtungen sollen durch je eine zusätzliche Gruppe an den Grundschulen Nordstadt, Engelbertstraße und St. Marien erweitert werden.
2. Auf Basis der Entscheidung zu 1 soll für die Etatberatungen 2019 ff. ein Konzept für alle Schwelmer Grundschulen entwickelt werden.
3. Das Aufnahmeverfahren wird entsprechend der Vorlage zunächst nur für das Schuljahr 2018/19 durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

16.3 Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschulen 032/2018 (OGS) - Personalaufwand und Stellenplan

Frau Grollmann leitet ein, unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen bereits berichtet zu haben, welche Auswirkungen die Angelegenheit haben werde.

Problem sei, entsprechende Fachkräfte zu finden, um die Kinder nicht nur zu verwahren, sondern fachgerecht zu betreuen.

Frau Riemann ergänzt, dass sie davon ausgehe, dass die Politik nun auch der Stellenplanerweiterung zustimmen werde, nachdem sie die Erweiterung des Betreuungsangebotes beschlossen habe. Hinsichtlich des Fachkräftemangels sei im nächsten Jahr erneut zu evaluieren. Die Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen durch Fachpersonal werden in den nächsten Jahren ständige Begleiter sein. Daher möchte sie dafür sensibilisieren, dass noch größere Probleme zu erwarten seien, wenn derartige Stellen nur befristet besetzt werden können.

Nach heutiger Beschlussfassung werde die Verwaltung zügig das Auswahlverfahren einleiten. Im Anschluss stellt Frau Riemann den Ausschussmitgliedern verschiedenste Aspekte vor, auf denen die Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen beruhen.

Auf Nachfrage der Frau Burbulla, ob der Mehraufwand an Personalkosten über die Elternbeiträge getragen werde oder vom jeweiligen Träger, erläutert Herrn Menke die Abrechnungsmodalitäten in dem Bereich.

Die Mehrkostenproblematik wird im Anschluss gemeinsam erörtert.

Herr Kick hegt die Befürchtung, dass durch Beschlussfassung über das Provisorium für 2018/2019 die Kosten nur bis Ende des Schuljahres 2019 bereitgestellt seien und die Gefahr bestehe, dass die Gruppen danach geschlossen werden müssen. Er plädiere dafür, sich anzustrengen, dass die Gruppen auch ab 2019 in verbessertem Zustand fortgeführt werden können.

Herr Philipp teilt mit, dass das Thema bereits für die nächste gemeinsame Sitzung des JHA-SchA im Mai angekündigt worden sei.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die Änderung des Stellenplans zu beschließen. Die Anzahl der Stellen erhöht sich von 267,9 um 2,3 auf 270,2. Die Stellen werden zunächst für ein Jahr eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

17 Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm

030/2018

Die Bürgermeisterin Frau Grollmann leitet mit dem bisherigen Werdegang die Bäderdiskussion ein. Bei ihrer Wahl zur Bürgermeisterin hatte das Thema schon eine 2 ½-jährige Geschichte. Nach den damaligen Niederschriften sollte die Angelegenheit breit diskutiert und durchdacht werden und das allgemeine, breite Interesse aufnehmen. 2016 habe man sich dann in der Bäderangelegenheit weiter auf den Weg gemacht und sei mit zunächst 11 Vorschlags-Varianten gestartet. Am 30.11.2017 sei der Verwaltung der Auftrag erteilt worden, eine ganzheitliche Bäderlösung prüfen zu lassen. Diesen Beschluss habe die Verwaltung umgesetzt. Wenn hierzu das Ergebnis vorliege, werde sich die Verwaltung mit allen Beteiligten erneut an einen Tisch setzen, um zu versuchen, eine wirtschaftliche, nachhaltige und attraktive Lösung zu finden.

Frau Burbulla zeigt sich erstaunt über die Vorrede der Bürgermeisterin und kann nahtlos an diese anknüpfen. Wie von Frau Grollmann bereits erwähnt, habe es Ende 2017 bereits eine Beschlussfassung gegeben, so dass ihr völlig rätselhaft sei, warum dies heute erneut auf der Tagesordnung stehe und erneut beschlossen werden solle. Natürlich seien ihr die von Herrn Flüshöh vorgetragene Bedenken bewusst, aber trotzdem erschließe sich ihr nicht der Grund, warum heute erneut beschlossen werden müsse.

Herr Flüshöh erläutert, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung die Rede von eintausend bis vielleicht viertausend Euro für die Erstellung eines Gutachtens gewesen sei. Als sich dann 10.000 € abzeichneten, haben alle entsetzt geschaut, so dass dann gesagt worden sei, dass die Fraktionen die Angelegenheit noch einmal mit in ihre Beratungen nehmen und Rückmeldung geben sollen. Diese Rückmeldungen seien daraufhin mit unterschiedlichem Tenor erfolgt, so dass nun verständlich sei, dass die Verwaltung wissen möchte, was und zu welchen Kosten sie nun konkret veranlassen solle. Aus diesem Grunde sei eine erneute Abfrage konsequent.

Frau Burbulla hat die Rückmeldungen persönlich völlig anders wahrgenommen und hat prinzipiell nichts dagegen, nochmal abzustimmen, findet es vom Verfahren her aber seltsam.

Herr Schwunk hat sich bei Betrachtung des Beschlussvorschlags, 10.000 € für eine quantitative Beurteilung auszugeben, gefragt, ob dies ernst gemeint sei. Ihm fehle der Vorschlag der FDP, ein weiter ertüchtigtes Freibad unter teilweisem Rückbau des Freibades.

Herr Kick teilt mit, dass die SPD-Fraktion das Schwimmen als solches mit Schul- und Vereinsschwimmen dauerhaft in Schwelm sichern wolle. Denkbar wäre ein kleines Außenbecken angrenzend an ein Ganzjahreshallenbad. Sie werde heute dem Beschlussvorschlag vor dem Hintergrund zustimmen, dass eine vorausschauende Planung eine Vorplanung benötige und heute nur ein kleiner Schritt getan werde.

Herr Flüshöh stimmt Herrn Kick dahingehend zu, dass es konsequent sei, heute die Grundlage für das „wenn“ zu schaffen. Nun müsse man sich nur noch über das „wenn“ unterhalten. Unstreitig sei, dass dort oben ein Bad hinkomme. Wenn es ein Bad geben solle, sollte es auch an diesen Ort. Er glaube aber nicht, bis zur Umsetzung nochmal fünf Jahre warten zu können. Dann müssen auch in der Konsequenz für 2019 Haushaltsmittel aufgenommen und eine Gegenfinanzierung aufgestellt werden. Dies bedeute 40 bis 60 Hebesatzpunkte mehr. Die Politik müsse die Entscheidung ohnehin irgendwann treffen. Um aber festzustellen, dass auf das Freibadgelände ein Bad hinpasse, müssen nicht 10.000 € ausgegeben werden. Herr Flüshöh beantragt daher, das Hallenbad so zu ertüchtigen, dass es für die nächsten 10 Jahre funktionstüchtig ist und mit einem Finanzrahmen von 2 bis 3 Millionen € betrieben werden kann und den Vertrag mit dem Trägerverein Schwelmebad e.V. zu verlängern.

Er gibt zu bedenken, dass neben dem Rathausneubau mit Kostenvolumen von 30 Mio. € plus Altbau und der voraussichtlich mindestens an einer Schule notwendigen Veränderung ein Badneubau mit Kostenvolumen von 10 bis 15 Mio. € eine vollkommene Überforderung sowohl im Hinblick auf verwaltungsseitiger Beratungskapazität als auch seitens der Politik durch die Geschwindigkeit der von ihr zu fassender notwendiger Beschlüsse mit sich bringen werde. Er sage damit nicht, dass es an dem Platz nicht zu einem Ganzjahresbad kommen solle, aber nicht jetzt.

Frau Burbulla stimmt Herrn Flüshöh in dem Punkt zu, dass wer A sage, auch B sagen müsse. Wenn man 10.000 € für eine solche Feststellung verausgabe, möchte man im Anschluss auch Handlungen erkennen können. Sie könne nachvollziehen, dass 10.000 € zu viel Geld sei für eine Feststellung von Räumlichkeiten. Sie würde erwarten, dass die Verwaltung bemüht sei, nicht nur darüber Auskunft zu erhalten, dass ein Schwimmbad auf den Bereich passe, sondern auch, ob dies technisch dort zu ermöglichen sei. Dies habe sie auch immer so verstanden. Frau Burbulla verweist auf den Antrag der Fraktion DIE BÜRGER, der darauf hinweise, dass es Fördermittel gebe, aber bevor diese beantragt werden können, ein Projekt feststehen müsse. Wichtig dafür sei, jetzt voran zu kommen.

Herr Dr. Bockelmann erklärt, die Vorlage 201/2017 mit dem Hinweis auf die präferierte Sanierungslösung beider jetziger Standorte abgelehnt zu haben und sich daran nichts geändert habe. Im Gegenteil, er erweitere den von Herrn Flüshöh gestellten Antrag darum, das gleiche am Standort „Freibad“ mit 6 bis 7 Mio. € zu tun. Die Variante 2 sei seiner Auffassung nach unsinnig. Er sehe die Verwaltungsvorlage als Meilenstein. Wenn sie so beschlossen werde, seien Sanierungsmöglichkeiten keine Option mehr. Dies finde bei der SWG-BfS-Fraktion keine Zustimmung.

Herr Feldmann fragt sich, wo das Geld hergenommen werden solle. Durch die Investition von mehreren Millionen € in das Freibad werde dessen Zustand nicht besser. Es fehlen die investiven Mittel. Die Überlegung eines Ganzjahresbades auf dem Freibadgelände sei nicht neu, sondern schon 2004 angestellt worden, um dort Synergieeffekte zu erzielen. Innerhalb der Fraktion DIE LINKE. wurde viel über dieses Thema nachgedacht. Sie könne sich ein Ganzjahresbad auf dem Gelände vorstellen, aber nicht mit kleinem Außenbecken.

Frau Dr. Hortolani erinnert an die emotionale Situation von vor 10 Jahren. Seinerzeit sei es um 20.000 € gegangen, denen nicht zugestimmt werden sollte. Weder das Hallenbad, noch das Freibad seien jünger geworden. Das Freibad solle weiter verpachtet werden, was eine weitere Unterstützung notwendig mache. Und so, wie

es jetzt aussehe, werde das Freibad keine weiteren 10 Jahre mehr existieren können. Daher müsse man nun vorangehen und an die Zukunft denken.

Herr Stutzenberger blickt ebenfalls auf die Sportstättenentwicklung zurück. Alle haben sich mit Leidenschaft für die Dreifeldhalle (jetzt SchwelmarENa) und den Kunstrasenplatz eingesetzt. Bei der Bäderlandschaft gehen nun einige in Deckung. Für sie wird sich nicht so breit eingesetzt. Die Fraktion DIE BÜRGER haben einen 2-geteilten Antrag gestellt. Für die Fördermöglichkeit müsse es ein Projekt geben, mit dem man den Förderkriterien Genüge leiste. Von den vielen Möglichkeiten habe man sich am 30.11.2017 auf wenige geeinigt, bei denen es gar nicht mehr um viele Unterschiede gehe. Jetzt gelte es, weiter zu konkretisieren. Bei den Fördermöglichkeiten habe es zum Teil Stärkungspaktkommunen gegeben, die bis zu 90 % Fördergelder erhalten haben. Die Fördermöglichkeit laufe aber Ende April aus und Schwelm werde bis dahin kein Projekt haben. Es gebe jedoch auch noch andere Fördermöglichkeiten, die man eruieren müsse. Dafür sei es aber nötig, sich auf den Weg zu machen.

Herr Gießwein sieht die Veranschlagung im Haushalt 2019 nicht. Bis zum Sommer werde das Projekt nicht veranschlagungsreif sein. Es müsse ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Was den Antrag angehe, habe man eine Betrachtung, was die Sanierung des Hallenbades und des Freibades angehe, aber auch Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen dazu. Zu den 10.000 € für das Gutachten habe er eine Stellungnahme abgegeben. Es wäre wesentlich interessanter gewesen, wenn andere Punkte über das Gutachten geprüft worden wären, was leider nicht geschehen sei. Es könne also ein Grundsatzbeschluss gefasst werden und alle anderen Fragen müssen außer Betracht gelassen werden. Er verstehe nicht, warum die Planung der Zentralisierung richtig und die der Bäder falsch angestellt worden sei. Wenn man ein Gutachten erstellen lasse, dann fehle z.B. noch die Bodenuntersuchung und eine hydrogeologische Bewertung. Er spricht sich dafür aus, dass der Antrag nochmal begründet und gemeinsam mit Zahlen betrachtet werde.

Herr Flüshöh hat vor der Sitzung mehrfache Gespräche geführt. Niemand ziehe in Zweifel, dass auf das Freibadgelände ein Bad hinpasse. Warum müsse dies dann noch für 10.000 € untersucht werden. Er verstehe die Vorgehensweise nicht. Die einzige Frage sei, wie das Bad aussehen solle und was an Mehrkosten für den Rückbau alter Badbestandteile aufzubringen sei. Dies werde der Gutachter nicht ermitteln. Die CDU-Fraktion vertrete nicht die Auffassung, kein Bad zu bauen, sondern finanziell im Moment nicht dazu in der Lage zu sein, ohne die Grundsteuer anheben zu müssen. Das Bad werde definitiv teurer werden als geplant. Die Politik müsse dann auch bereit sein, die jährlichen Kosten zu tragen. Die Politik müsse sich jetzt auf andere Dinge konzentrieren und eine Entscheidung treffen. In der Angelegenheit drehe man sich bereits seit einem halben Jahr im Kreis. Nur bei einer Entscheidung müsse man dann auch so ehrlich sein und die weiteren Schritte machen.

Herr Kick hält es für gut, Respekt vor der Entscheidung zu haben. Da die Verwaltung den Vorschlag vorlege, gehe er davon aus, dass in ihr die entsprechende Kompetenz vorhanden sei. Heute sei man deutlicher und klarer in der Angelegenheit als vor zehn Jahren. Die SPD-Fraktion will das Grundstück am Freibad gesichert wissen für den allgemeinen Schwimmbedarf.

Herr Dr. Bockelmann stimmt mit Herrn Flühshöh dahingehend überein, die Stadt und den Haushalt mit einem weiteren Neubau zu überfordern. Er werde die Vorlage ablehnen.

Herr Schwunk weist darauf hin, dass sowohl das Hallen- als auch das Freibad so marode seien, dass jeden Tag Schluss mit den Einrichtungen sein könne und diese auch nicht mit 2 bis 3 Mio. € zu retten seien. Für 10.000 € sollte bei der Prüfung Kreativität für Lösungen abverlangt werden, die vielleicht Step by Step umgesetzt werden können.

Herr Gießwein beantragt, in den Ursprungsauftrag Bodengutachten und hydrogeologische Gutachten aufzunehmen.

Frau Burbulla stellt klar, dass bei einer positiven Entscheidung über Herrn Gießweins Forderung nicht in zwei Monaten ein erneuter Beschluss eingefordert werde, weil jemand vielleicht sage, dass dies zu teuer sei.

Herr Kick erklärt, dass aufgrund des Antrags des Herrn Gießwein nicht beschlossen werden könne, da man nicht wisse, was dies koste. Er schlägt vor, die Angelegenheit in den Rat zu vertagen, damit die Verwaltung bis dahin die Kosten ermitteln könne.

Frau Grollmann erkundigt sich, ob über alle gestellten Anträge en bloc abgestimmt werden könne und fordert nach signalisierter Zustimmung zur Abstimmung auf.

Antrag des Herrn Flühshöh:

Herr Flühshöh beantragt, das Hallenbad so zu ertüchtigen, dass es für die nächsten 10 Jahre funktionstüchtig ist und mit einem Finanzrahmen von 2 bis 3 Millionen € betrieben werden kann und den Vertrag mit dem Trägerverein Schwelmebad e.V. zu verlängern.

Antrag des Herrn Dr. Bockelmann:

Herr Dr. Bockelmann beantragt, den Antrag des Herrn Flühshöh zu erweitern, das gleiche am Standort „Freibad“ mit 6 bis 7 Mio. € zu tun.

Antrag des Herrn Gießwein:

Herr Gießwein beantragt, in den Ursprungsauftrag Bodengutachten und hydrogeologische Gutachten aufzunehmen.

Antrag des Herrn Kick:

Herr Kick beantragt die Vertagung der Vorlage in den Rat, damit die Verwaltung bis dahin die Kosten für die von Herrn Gießwein beantragten Gutachten ermitteln kann.

En-bloc-Abstimmung über alle vier vorgenannten Anträge:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

18 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Feldmann bittet über das Protokoll um Mitteilung des Sachstands zu der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten.

Antwort der Verwaltung:

Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wurde im Anschluss an eine mangels Bewerbungen erfolglosen internen Ausschreibung extern in Teilzeit ausgeschrieben (0,5 Stelle). Die Bewerbungsfrist ist abgelaufen, das Auswahlverfahren läuft.

Herr Philipp wurde aus der Gruppe der Geschäftsleute darauf angesprochen, dass im vergangenen Winterdienst so viel Salz gestreut worden sei, dass die Bodenbeläge kaputt gegangen seien. Hierzu gebe es Vorgaben, die das verbieten. Er werde im Spätherbst nochmal auf das Thema zurückkommen.

Herr Gießwein bestätigt, dass das Streuen dieses Jahr von einigen Personen übertrieben worden sei. Vielleicht sollten die Technischen Betriebe Schwelm ÄÖR die Bürger vor der nächsten Streuphase nochmal entsprechend informieren.

Herr Gießwein erkundigt sich im Hinblick auf die zugesagte Vorstellung zum Thema Reinigungsprivatisierung im nächsten Hauptausschuss, wann diese erfolge.

Des Weiteren bezieht sich Herr Gießwein auf die Sitzung des Liegenschaftsausschusses am 13.03.2018, zu der zunächst eingeladen und die anschließend wieder abgesagt worden sei. Im Ältestenrat habe man sich darauf verständigt, dass es einen neuen Termin hierfür geben solle, den er aber bislang nicht kenne. Er beantrage, dass im April eine Liegenschaftsausschusssitzung einberufen werde, da in der letzten Ratssitzung 2017 ein Antrag zum Radwegekonzept verabschiedet worden sei, der vor der Meldung an den Kreis in den Fachausschüssen behandelt werden müsse.

Frau Grollmann antwortet auf die Frage zur Reinigungsprivatisierung, dass sie schon an verschiedenen Punkten darauf hingewiesen habe, dass die Verwaltung Prioritäten setzen müsse. Der zuständige Fachbereich Immobilienmanagement sei im Moment aufgrund laufender Projekte mehr als ausgelastet. Da habe die Frage der Reinigungsprivatisierung zurückstehen müssen. Für diese Entscheidung übernehme sie die volle Verantwortung.

Zu der Sitzung des Liegenschaftsausschusses sei sie davon ausgegangen, dass der neue Termin 02.05.2018 bekannt sei.

Herr Guthier berichtet den Sachstand zu dem Radwegekonzept. Hier stehe man mit dem Vorsitzenden der Radwegekommission im Gespräch, aber auch der Fachbereich Planen und Bauen müsse Prioritäten setzen. Von dem Termin im Sommer wisse er nichts, aber er habe wahrgenommen, dass auch der Kreis mit seinen Planungen noch nicht so weit fortgeschritten sei. Bestimmte Aussagen des Kreises sind auf Ebene der Stadt Schwelm nicht umzusetzen. Herr Gießwein erklärt, dass der Vorsitzende der Radwegekommission selbst ihn gebeten habe, die Frage vorzutragen, da er beim Kreis gewesen sei.

Für Herrn Guthier gebe es bisher nur Informationen aus zweiter Hand. Er werde zunächst schauen, Informationen aus erster Hand zu erhalten. Wenn dann die Frist

zur Neige gehe, werde der Fachbereich auch agieren und andere Aufgaben zurückstellen.

Zur Aussage der Bürgermeisterin zur Reinigungsprivatisierung verweist Herr Gießwein auf die bestehenden Fristen nach der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen.

Frau Grollmann erwidert, dass seit ihrem Amtsantritt in dem Bereich viel aufgearbeitet worden sei.

Herr Schwunk erläutert, dass die Sitzung des Liegenschaftsausschusses mangels wesentlicher Tagesordnungspunkte abgesagt worden sei, er aber kritisiert habe, dass Themen ohne den Liegenschaftsausschuss diskutiert werden. Daher sei der Termin 02.05.2018 bestimmt worden.

Herr Guthier ergänzt zur Thematik der Radwegekommission, dass er von Herrn Rindermann die Mitteilung erhalten habe, dass es beim Kreis die Vorlage 017/2018 und Informationen hierzu gegeben habe. Herr Gießwein wird das Protokoll des Kreises zu diesem Punkt zuleiten.

Frau Burbulla ist erfreut über den Sitzungstermin des Liegenschaftsausschusses am 02.05.2018. Es solle Herr Siepman vom Trägerverein Schwelmebad e.V. eingeladen werden, damit dieser einen Sachstandsbericht abgeben möge, wie sich der Trägerverein für die kommende Saison aufgestellt habe und ob alle Voraussetzungen für die städtischen Zuschüsse vorliegen sowie zum Gastrobereich. Frau Grollmann weist Frau Burbulla auf die Möglichkeit hin, einen entsprechenden Antrag zum Liegenschaftsausschuss zu stellen.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 21 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 26.04.2018	Schriftführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--